

Wiener Zeitung: Leitartikel von Reinhard Göweil: "Über Gebühr strapaziert..."

Utl.: Ausgabe vom 10. Mai 2012 =

Wien (OTS) - Die Technische Universität Wien führt keine Studiengebühren ein, jene in Graz schon. Die Universität Wien führt welche ein, stundet aber bis zur höchstgerichtlichen Klärung der Frage ihrer Zulässigkeit. Langzeit-Studierende und solche aus Nicht-EU-Ländern sollen welche bezahlen, die anderen nicht - vielleicht. Es hat schon einmal klügere Vorgangsweisen gegeben, und die Verantwortung dafür trägt die Politik.

Das Bildungsvolksbegehren lässt grüßen, denn auch bei den höheren Schulen gibt es Debatten. Die Bildungsministerin will in die Neue Mittelschule investieren, nicht in die Gymnasien: Die Volkspartei wettert dagegen.

Rund um das Bildungs-Volksbegehren wurde mehrfach gemahnt, das Thema Bildung aus der Partei-Debatte herauszulösen, und einen nationalen Konsens zu erreichen. Der öffentliche Druck darob wurde so stark, dass es eine Zeit lang aussah, als ob die beiden Koalitionsparteien (vor allem die bremsende Volkspartei) Zukunft über Zank stellen würden.

Nun hat der öffentliche Druck nachgelassen, und schwuppdiwupps fallen die politischen Parteien ins alte Fahrwasser zurück. Eine gemeinsame Schule für die bis 14-Jährigen verblasst in der politischen Wahrnehmung zusehends.

Der Streit um die Studiengebühren hat dazu geführt, dass im Wesentlichen jede Universität entscheiden kann, wie sie will. Das wird natürlich auch Auswirkungen auf den Zustrom zu den jeweiligen Unis haben, den allerdings keiner geplant hat.

Welchen Sinn das haben soll, erschließt sich dem Betrachter nicht, und es gibt auch keinen. Die Regierung sollte sich - wie beim Stabilitätspakt und dem Konsolidierungsmaßnahmen bis 2016 - schleunigst hinsetzen und eine bundesweite Lösung finden.

Immerhin bekommen die öffentlich finanzierten Universitäten

zusätzliches Geld aus dem Budget. Wenn sie Studiengebühren einheben wollen, dann sollten sie eigentlich die Verantwortung für das gesamte Budget übernehmen - ein bisserl schwanger geht ja auch nicht.

Davor scheuen die durchwegs Gebühr-affinen Rektoren der Unis aber zurück, zu bequem ist das derzeitige System. Ob sich begabte junge Menschen, deren Elternhaus finanziell nicht helfen kann, dann noch einen Hochabschlussabschluss leisten können, ist den Universitäts-Gremien dagegen kaum eine Diskussion wert.

www.wienerzeitung.at/leitartikel

Rückfragehinweis:

Wiener Zeitung

Sekretariat

Tel.: +43 1 206 99-474

<mailto:redaktion@wienerzeitung.at>

www.wienerzeitung.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/454/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0275 2012-05-09/18:48

091848 Mai 12

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20120509_OTS0275